

GRAZER Stadtblatt

www.kpoe-graz.at

AUSGABE FÜR GRAZ-UMGEBUNG



Ausgabe 3, April 2021 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO**

WILDBLUMENAKTION 2021

Der Natur auf der Spur

Seite 4 - 5

Foto: Michael Kreuhsler. (Naturschutzbund)

Die Hundskamille gehört zum Wildpflanzenkisterl, das Sie am 7. und 8. Mai kostenlos beim Volkshaus abholen können.



KOMMT ZUM 1. MAI!

DEMONSTRATION: 10 UHR • MARIAHILFER PLATZ

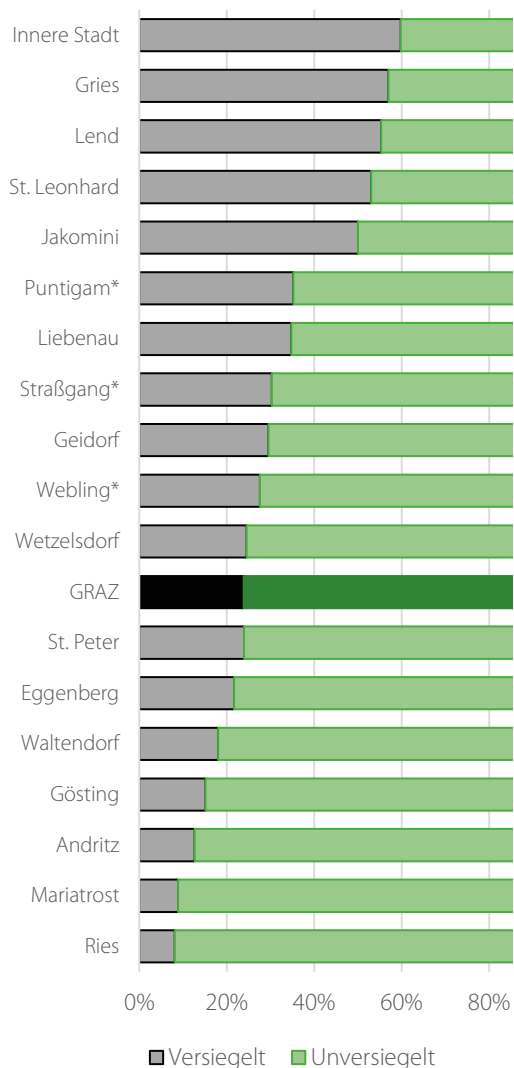
**UNSERE STÄRKE:
SOLIDARITÄT!**

ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE!



WIE ZUVOR.

ungebrochen

Versiegelungsgrad nach
Bezirken

Bereits 24% des Grazer Bodens sind verbaut. Selbst Bezirke im Grüngürtel, wie Wetzelsdorf oder Straßgang, weisen bereits einen Versiegelungsgrad über dem Grazer Durchschnitt auf.

*Die Daten des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen werden nach Katastralgemeinden geführt. Deswegen lassen sich keine Rückschlüsse auf die politischen Bezirke Straßgang (Kat.-Gem. Straßgang und Webling) sowie Puntigam (Kat.-Gem. Rudersdorf und Straßgang) ziehen.

RÜCKGANG VON WALD, ACKER, GÄRTEN

1. Jakomini -342.902 m²
2. Straßgang -211.363 m²
3. Lend -135.541 m²

Graz -1.449.074 m²

Kirchnerkaserne: Wie es nicht sein soll



Zu dicht verbaut, zu wenig Grünflächen und zu wenig eingeplante Infrastruktur. Das sind zusammengefasst die Gründe, warum die KPÖ im Gemeinderat gegen den Bebauungsplan der ehemaligen Kirchnerkaserne in Jakomini (Nähe Seifenfabrik) gestimmt hat. Zu den 750 Wohnungen am Kasernengrund werden weitere 750 am direkt benachbarten Kovac-Grundstück folgen. In einem ohnehin dichtbesiedelten Gebiet in Jakomini werden zusätzlich 3.000 Menschen leben. Nur ein Bruchteil der

geplanten Wohneinheiten sind Gemeindewohnungen. Notwendige Infrastruktur, wie ein Kindergarten oder großzügige Freizeittflächen fehlen komplett. Stadträtin Elke Kahr hat 2006 unter dem Motto „Gemeindewohnungen am Kasernengrund“ eine Initiative gestartet, dass aufgelassene Kasernen für Schulen, Gemeindewohnungen, Spielplätze, Pflegeheime oder Kindergärten genutzt werden sollen. Dies wurde innerhalb kürzester Zeit von mehr als 10.000 Grazer*innen unterstützt. So entstanden am Gelände der Hummelkaserne die österreichweit ersten Gemeindewohnungen in Holzbauweise, die kostengünstig und modern sind. Ein Pflegeheim wurde dort ebenso errichtet, sowie eine Straßenbahnlinie. „Für das Gelände in der Kirchnerkaserne wollten wir Ähnliches. Leider hat man dies privaten Bauinvestoren überlassen“, so Stadträtin Elke Kahr.



Rodung im Grüngürtel

In Eggenberg kam es kürzlich zum zweiten Mal zu einer Rodung, was nicht nur die Anrainer*innen beschäftigt. Das Grundstück war zuvor naturbelassen mit Bäumen und Stäuchern bewachsen. Geplant – so heißt es – ist eine Streuobstwiese und Schafweide. Durch die Absperrung wurde ein beliebter Weg für Wandernde versperrt. Die Anrainer*innen befürchten, dass das nicht der letzte Streich des Besitzers war.

Altstadtschutz in Gefahr

„Wirtschaftliche Interessen geben auch immer stärker den Takt beim Altstadtschutz an. Eine gefährliche Tendenz, vor der wir im Gemeinderat seit vielen Jahren warnen“, so Stadträtin Elke Kahr.

Bei der Novelle des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes (GAEG) wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ im Landtag bei der Besetzung der Altstadtschutzkommission (ASVK) eine Vertretung der Wirtschaftskammer gefordert. Der ehemalige KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch hatte schon 2013 auf möglichen Folgen aufmerksam gemacht, da wirtschaftliche Interessen meist gegen schützenswerte Bausubstanz stehen. „Was bleibt ist der Eindruck, dass sich durch die Zusammensetzung der ASVK der Schutz der Altstadt in Gefahr



ist. Deswegen sehen wir es weiterhin als notwendig an, die ASVK verstärkt mit Kunsthistorikern, Historikern und Vertretern, die auf die Stadtgeschichte achten, zu besetzen“, meint Kahr.

Aufregung um E-Tankstellen

Die E-Tankstellen in Gratwein-Straßengel haben bei Manchen für Aufregung gesorgt. Grund dafür ist, dass sie nicht rechtzeitig wieder freigemacht werden. Phillip Reininger von der KPÖ Gratwein-Straßengel schildert, dass vermehrt beobachtet wurde, dass Autos auf den Parkplätzen stehenbleiben, lange nachdem sie vollgetankt sind. „Ich kann den Unmut darüber verstehen“, sagt Reininger. „So werden die Tankstellen als Parkplatz missbraucht und anderen E-Autos wird der Platz verstellt.“ Auch seien immer wieder Firmenautos auf den Stellplätzen geparkt worden. Reininger: „Das ist nicht im Sinne der Idee, Mitbürger für die Nutzung der E-Mobilität zu begeistern. Zudem sollte darauf geachtet werden, dass die E-Tankstellen nicht als Dauerparkplätze missbraucht werden, während andere Leute aufs Tanken warten!“



Die E-Tankstellen in Gratwein-Straßengel sollten Elektroautos zum Auftanken dienen.

„Wildparker“ als Problem

Viele Ausflugsziele in Graz-Umgebung bieten die Möglichkeit, vor Ort gratis mit dem Auto zu parken. Im Zuge der Corona-Krise haben sich viele Menschen auf die Naturjuwele und Sehenswürdigkeiten in der Region besonnen. Der große Andrang bringt aber auch ein hohes Verkehrsaufkommen mit sich. Das Gratis-Parken führt dazu, dass immer mehr Flächen verstellt sind. Die Parkplatzproblematik beim Schöckl war zuletzt mehrfach Thema in den Medien. Aus diesem Grund hat man in einigen Gemeinden mögliche Lösungsvorschläge erarbeitet, so etwa in Semriach, St. Rade Gund oder Stattegg. Neben einer Verbilligung der Öffentlichen Verkehrsmittel zur Anfahrt wurden auch Halte- und Parkverbote oder kostenpflichtige Parkplätze diskutiert.

Sperre von Gehsteig empört Anrainer

Im Zuge des geplanten Ausbaus der Firma Sappi in Gratkorn ist es zu einer weiteren Sperre eines Fußweges gekommen. Bereits vor einigen Monaten wurde die Brücke über die Mur gesperrt, die an die Gratkorn Bahnhofsstraße anschließt und den Ort mit Gratwein-Straßengel verbindet. „Den Menschen entsteht so ein Umweg von rund zwei Kilometern“, erklärt Phillip Reininger von der KPÖ Gratwein-Straßengel. „Sie müssen einen erheblichen, im rechtlichen Sinne nicht zumutbaren Umweg über die Geh- und Radwegbrücke in Kauf nehmen.“ Nun wurde auch der Gehsteig entlang der Bahnhofsstraße teilweise für die AnrainerInnen gesperrt. Davon betroffen sind vor allem die BewohnerInnen der Bahnhofsstraße 8 und 10, die nun auf der Straße gehen müssen, auf der mitunter Schwerverkehr unterwegs ist. Reininger: „Es wäre



Aufgabe des Bürgermeisters, sich hier für die AnrainerInnen einzusetzen.“ Diese haben in der Causa die Volksanwaltschaft eingeschaltet, welche die Gemeinde zu einer Stellungnahme aufgefordert hat. Bei der Gemeinde Gratkorn wurde derweil beantragt, den

Weg für öffentlich zu erklären, da er über Jahrzehnte von den Menschen genutzt wurde. Außerdem möchte man geklärt haben, ob die Aufstellung der Zäune, mit denen der Gehsteig gesperrt wurde, nicht ein Bauverfahren benötigt hätte.

Bundesdenkmalamt begutachtet historische Villa

Neuigkeiten gibt es auch, was die historische Villa in der Bahnhofsstraße angeht. Aufgrund des geplanten Ausbaus der Firma Sappi bis 2025 stehen Befürchtungen im Raum, dass der Villa der Abriss drohe. Die Villa ist ein schönes Zeugnis der Baukunst vergangener Tage, weshalb nun auch eine

Begehung durch das Bundesdenkmalamt stattgefunden hat, wie die „Bezirksrevue“ berichtete. Ein Ergebnis der Begehung sei jedoch noch nicht bekannt. Die MieterInnen bekamen bereits vor einiger Zeit ein Schreiben der Firma Leykam, in dem bekannt gegeben wurde, dass die Firma Sappi ihr Vor- bzw. Wiederkaufsrecht für die Villa nützt, weshalb die MieterInnen ausziehen sollen.





Öffentlicher Verkehr: Zonen als Preistreiber

Nicht nur die jährliche Erhöhung der Fahrpreise macht den öffentlichen Verkehr in der Steiermark teuer. Auch die Zoneneinteilung des Verkehrsverbundes ist eine Preistreiberin. Davon betroffen sind viele Menschen aus dem Bezirk Graz-Umgebung, die regelmäßig nach Graz oder in andere Städte pendeln. Dafür müssen sie oft mehrere Zonen durchfahren, je Zone steigt der Preis für das Ticket. Hinzu kommt, dass die Zonengrenzen teilweise durch das Gemeindegebiet gehen. Es kann also sein, dass man aus dem einen Ortsteil eine Zone mehr zahlen muss, als aus dem anderen.

Am Beispiel Frohnleiten stellt sich das Problem folgendermaßen dar: Man zahlt für die Fahrt vom Frohnleitener Bahnhof nach Graz 6,80 Euro für drei Zonen, von Röthelstein, das zur selben Gemeinde gehört, sind es jedoch schon vier Zonen und somit 8,90 Euro. Hinzu kommt, dass das Angebot an Öffentlichen Verkehrsmitteln in vielen der GU-Zonen unzureichend ist. Claudia Klimt-Weithaler, Landtagsabgeordnete der KPÖ, sieht hier Handlungsbedarf: „Die Zonen-Einteilung benachteiligt viele Menschen in der Steiermark. Sie ist in der momentanen Form nicht mehr zeitgemäß und nimmt keine Rücksicht auf das ÖV-Angebot oder Gemeindegrenzen.“



Ausbau der Kinderbetreuung in Frohnleiten lässt auf sich warten



Eine wertvolle Elementarbildung für die Kleinsten braucht mehr Krippen und mehr Personal.

In Frohnleiten gibt es weiterhin keinen Bedarf an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Im Zuge der Gemeinderatswahl im vergangenen Jahr wurde das Kinderbetreuungsthema von KPÖ-Aktivist **Tommy Blengl** mehrfach angesprochen. „Erfreulicherweise konnte sich dann auch der Bürgermeister für dieses Thema erwärmen und versprach das Entstehen einer zweiten Kinderkrippe“, berichtet Blengl, der selbst Vater von kleinen Kindern ist.

Doch wurde weder die angekündigte provisorische Krippe im TMC Ungersdorf eröffnet, noch wird im Herbst wie versprochen die Krippe am Hauptplatz ihre Pforten öffnen. Zuletzt wurde dies auf Februar kommenden Jahres verschoben. Grund hierfür seien laut „Stadttjournal“ weitere „notwendige Baumaßnahmen [...] am Hauptplatz 33“. Blengl: „Es ist gut, dass Schritte gesetzt werden, um mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren zu schaffen.

Jetzt, wo es konkrete Pläne gibt, hoffe ich, dass sie nicht auf die lange Bank geschoben werden.“

Kinderbetreuung Mangelware in GU

In vielen Gemeinden in Graz Umgebung ist die Auslastung der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sehr hoch. Sowohl das Land Steiermark als auch die Gemeinden wären gefordert, hier eine Lösung im Sinne der Familien zu finden, damit Kinder eine qualitätsvolle Betreuung in ihrer Heimatgemeinde finden können. Neben fehlenden Einrichtungen sind mangelnde Plätze oft darauf zurückzuführen, dass den Pädagogen und Pädagoginnen keine entsprechenden Arbeitsbedingungen geboten werden können. Eine Untersuchung der Arbeiterkammer ergab, dass 30 Prozent der befragten Pädagoginnen und Pädagogen Burn-out-gefährdet sind, weitere 22 Prozent sind in einer niedrigen Burnout-Stufe und etwa drei Prozent bereits

arbeitsunfähig. „Das ist weder für die Kinder gut, noch für die Beschäftigten“, meint Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ). Es sei unerlässlich, dass das Land Steiermark und die Gemeinden Geld in die Hand nehmen. Nur so kann eine wertvolle Bildung auch für die Kleinsten garantiert werden.

Petitionsrecht Direkter Draht ans Land

Wer mindestens 100 Unterschriften sammelt, kann sein Anliegen persönlich mittels einer Petition an den Landtag vorbringen.

Petitionen an den Landtag Steiermark:

Direktion Landtag Steiermark
Herrengasse 16
8010 Graz-Landhaus
Tel. +43 316 877-6309
Fax +43 316 877-2198
E-Mail:
direktion@landtag.steiermark.at
www.landtag.steiermark.at/
Bei Fragen können sie sich an Claudia Klimt-Weithaler wenden, Tel. 0316 / 877 51 04

Bauboom in Graz-Umgebung

Das Grazer Umland wird als Wohnregion immer attraktiver. Ungeregelte Bautätigkeiten bringen jedoch viele Probleme mit sich.

Nicht nur in Graz hat man das Gefühl, dass Baukräne teilweise wie Schwammerl aus dem Boden schießen. Auch in Graz-Umgebung ist eine rege Bautätigkeit festzustellen. Das Problem dabei ist, dass in vielen Fällen ohne Plan gebaut wird. Nicht immer spielt es eine Rolle, ob die infrastrukturellen Voraussetzungen gegeben sind, etwa ob es in der Nähe von neuen Wohnanlagen auch einen Anschluss an den Öffentlichen Verkehr oder einen Nahversorger gibt. Die Aufschließungs- und Erhaltungskosten, die die öffentliche Hand zu tragen hat, sind dementsprechend teurer. Hinzu kommt der Bodenverbrauch. Nicht nur Siedlungsbauten, vor allem auch Industriehallen oder Einkaufszentren mit Parkplätzen ziehen einen enormen Verbrauch an Flächen nach sich. Boden, der auch landwirtschaftlich nutzbar wäre. Vor allem hat der Bodenverbrauch Auswirkungen auf

das Klima. Wo asphaltiert und verbaut wird, kann kein Wasser versickern und kein Kohlendioxid gebunden werden.

Bebauung muss geregelt werden

Was sich für die Bauwirtschaft kurzfristig positiv auswirkt, ist für eine nachhaltige Entwicklung katastrophal. Deshalb braucht es klare Regeln dafür, wo und wie gebaut werden darf. Das Land könnte solche im Bau- und Raumordnungsgesetz festlegen. Die Entwicklung von Siedlungen „auf der grünen Wiese“ ist aber leider nach wie vor möglich. Die Anzahl brachliegender Gebäude nimmt zu und die Ortskerne veröden. Eine zerstreute Siedlungsstruktur erhöht nicht nur die Kosten der Gemeinden für Infrastruktur, sondern führt zu starker Abhängigkeit vom Auto: Die Wege ins nächste Geschäft, in die Arbeit und zur Schule, zum Arzt und zum Bahnhof sind sonst kaum noch möglich. Das Bauen von Einkaufs- und Fachmarktzentren außerhalb der Ortskerne verstärkt die Problematik.

Täglich verschwindet in der Steiermark die Fläche von drei Fußballplätzen unter Beton.



Gleichzeitig stehen österreichweit zig-tausende Wohn- und Geschäftsimmobilien leer. Ein „Flächenfresser“ sind Einkaufszentren. Österreich weist eine rekordverdächtig hohe Dichte an Einkaufs- und Fachmarktzentren auf. Für Parkplätze wird Boden großflächig versiegelt.

Fehlt der politische Wille?

An Vorschlägen, wie man einem unkontrollierten Bodenverbrauch und Flächenfraß entgegenwirken könnte, mangelt es nicht. Expertinnen und Experten, Raumplaner*innen, Umweltschutzorganisationen, politische Parteien und die Bewohner*innen des Bezirks haben immer wieder ihre Ansätze vorgebracht,

wie eine sparsame Bodenverwendung erreicht werden könnte. Allerdings fehlt es bisher an den nötigen politischen Beschlüssen. „Dem Zubetonieren von Grünraum muss ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben werden“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg. Die KPÖ habe bereits mehrere Forderungen formuliert: Von der Festlegung von Zielwerten für den Flächenverbrauch bis zu konkreten Maßnahmen, wie der Verpflichtung, Kfz-Stellplätze zu beschränken und versickerungsfähig zu errichten. Bis jetzt wurden jedoch fast alle dieser Ideen verwässert oder ganz abgelehnt. Leider zählen Profite oft mehr als der nachhaltige Umgang mit unserem Boden.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit



Phillip Reininger und Florian Kotschnik.

Auch heuer hat die KPÖ im Bezirk Graz-Umgebung anlässlich des internationalen Frauentages Nelken und Informationsmaterial verteilt.

„Trotz Gleichstellung aller Menschen in der österreichischen Verfassung sind Frauen in vielerlei Hinsicht nach wie vor benachteiligt“, stellt KPÖ-Landtagsabgeord-

nete Claudia Klimt-Weithaler fest. Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden, sind im Durchschnitt schlechter bezahlt. Frauen leisten den Großteil der unbezahlten Arbeit, wie Kinderbetreuung, die Pflege von Alten und Kranken und die Hausarbeit. Im Beruf sind die Aufstiegschancen von Frauen in der Regel geringer als jene von Männern.

Verliererinnen in der Krise

Die Corona-Krise hat diese schon lange bekannten Phäno-

mene in neuer Deutlichkeit aufgezeigt. Beschäftigte im Handel, in der Pflege, im Dienstleistungssektor sowie im sozialen und pädagogischen Bereich werden zwar als systemrelevant bezeichnet, in der Bezahlung spiegelt sich das jedoch nicht wider. Mit der Nelken-Aktion will die KPÖ jedes Jahr rund um den internationalen Frauentag auf diese Tatsachen hinweisen und Forderungen für echte Gleichberechtigung aufzeigen. Heuer wurden u.a. in Lieboch, Seiersberg und Gratwein-Straßengel Nelken verteilt.

1. MAI

UNSERE STÄRKE:

SOLIDARITÄT!

ARBEIT UND SOZIALE SICHERHEIT FÜR ALLE!

KOMMT ZUM 1. MAI!

DEMONSTRATION

10 UHR • MARIAHILFER PLATZ

Die 1.-Mai-Demonstration findet unter Einhaltung aller Sicherheitsvorschriften statt:
▶ Bitte tragt eine FFP2-Maske! ▶ Bitte haltet zwei Meter Abstand zu anderen!

BDF
BUND DEMOKRATISCHER FRAUEN STEIERMARK

KSV

KPO

KjÖ

GLB